

Hintergrundpapier zur Grundsatzpositionierung „Sozial-ökologische Wende – Paritätische Grundsätze erfolgreicher Klimapolitik“

Laut Weltklimarat (IPCC) ist aktuell eine Erderwärmung von etwa einem Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu verzeichnen.¹ Hauptursache ist die Freisetzung von Treibhausgasen, insbesondere die seit Beginn der Industrialisierung durch die Verbrennung fossiler Energieträger ausgestoßenen großen Mengen CO₂. Die durch die Erderwärmung bedingten Klimafolgen sind bereits jetzt deutlich spürbar und gefährden die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen.

Die Folgen des Klimawandels

Nach zahlreichen Errungenschaften in den letzten Jahren ist die Zahl der Hungernden weltweit im Jahr 2018 zum dritten Mal in Folge gestiegen.² Der Klimawandel ist eine der Hauptursachen.

Abschmelzende Eisschilde und Gletscher sowie die durch die Erderwärmung ausgelöste Ausdehnung des Meerwassers lassen den Meeresspiegel ansteigen und bedrohen so die am dichtesten besiedelten Regionen der Erde: die Küsten. Seit 1990 ist der Meeresspiegel im weltweiten Durchschnitt um ca. 20 Zentimeter gestiegen. Konsequenzen des Meeresspiegelanstiegs sind u.a. Küstenüberschwemmungen und -erosionen sowie Versalzungen von Anbauflächen.

¹ IPCC (2018): Sonderbericht über 1,5 Grad globale Erwärmung, https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf (zuletzt abgerufen am: 21.08.2019).

² FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO (2019): The State of Food Security and Nutrition in the World 2019. Safeguarding against economic slowdowns and downturns. Rome, FAO. Laut dem Bericht leiden aktuell 821 Millionen Menschen - jeder neunte Mensch auf der Welt - unter Hunger.

Können Felder nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden, treten Ernährungsengpässe auf. Mangelernährung und Hunger sind die Folge. Auch die sich durch den Klimawandel verstärkenden Starkniederschläge, Dürren und tropischen Wirbelstürme haben Auswirkungen auf die Ernährungssituation der Menschen: Extremwetterereignisse führen zu Ernteaufschlägen und mindern die Viehbestände. Darüber hinaus werden oftmals Felder für kommende Ernten zerstört. Aufgrund von klimabedingt häufiger werdenden Ernteaufschlägen und dem folgenden Anstieg der Lebensmittelpreise wird die Situation der betroffenen Bevölkerung verschärft. Insbesondere kleinbäuerliche Produzenten, die weltweit über 50% der Nahrungsmittel auf den Markt bringen, sind hier einem hohen Risiko ausgesetzt. Bereits jetzt ist ihre Existenz u.a. durch Landnahme bedroht. Kleinbäuerlich genutzte Flächen werden dabei durch transnationale Unternehmen mit Geschäftssitz überwiegend im globalen Norden und durch (halb-)staatliche Organisationen bei oftmals ungeklärten Eigentums- und Nutzungsrechten gekauft oder gepachtet. Damit wird den Menschen vor Ort jedoch häufig die Möglichkeit genommen, für ihre Nahrung selbst zu sorgen. Zudem sind kleinbäuerliche Produzenten dem Preisdruck exportstarker Nationen ausgesetzt.

Die Ärmsten der Bevölkerung – darunter insbesondere Kinder, Frauen, Ältere und Menschen mit Behinderung – tragen die Hauptlast des Klimawandels. Denn dort, wo der Hunger zunimmt, steigen Armut und Ungleichheit und eine Abwärtsspirale beginnt. Für arme und benachteiligte Menschen und Gesellschaften wird es zunehmend schwierig, ihre Existenz zu sichern. Um kurzfristig einen Zugang zu Nahrung zu erhalten, verkaufen Menschen Boden und Vieh und sparen an längerfristigen Existenzgrundlagen wie Bildung und Gesundheit. Die Konsequenzen sind weitreichend und wirken sich nachhaltig auf die Resilienz der Betroffenen aus. Durch die Zunahme aufeinanderfolgender Extremwetterereignisse, z.B. Dürren oder Überschwemmungen in mehreren aufeinander folgenden Jahren, wird diese weiter geschwächt.

Es ist davon auszugehen, dass in diesem Zusammenhang bereits stattfindende Verteilungskonflikte um Böden, Wasser und Nahrung zunehmen werden. Ferner sind

aufgrund der Klimafolgen und der unzureichenden Katastrophenvorsorge- und Anpassungsmechanismen immer mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat temporär oder dauerhaft zu verlassen. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich am deutlichsten in den Ländern des globalen Südens. Gleichzeitig haben diese bislang am wenigsten zum Klimawandel beigetragen.

Aber auch in Deutschland sind die Folgen des Klimawandels zunehmend spürbar. Die größten Risiken für Mensch und Natur gehen von extremer Hitze, Trockenheit und primär durch Starkniederschläge ausgelöste Überschwemmungen aus.³ Die durchschnittliche Erwärmung seit 1880 ist in Deutschland mit 1,5 Grad deutlich höher als im globalen Mittel.⁴ Die Kälteperioden im Winter werden kürzer, während im Sommer Hitzewellen häufiger werden. Insbesondere für ältere und kranke Menschen sowie für Kinder stellen hohe Temperaturen in Deutschland, v.a. in den Verdichtungsräumen, eine gesundheitliche Belastung dar.⁵ Die Resilienz einheimischer Ökosysteme wird durch den Klimawandel weiter geschwächt. Dieses kann, z.B. durch die Ausbreitung von Tropenkrankheiten, unmittelbare Folgen für die menschliche Gesundheit haben.

Nationale und europäische Klimaschutzpolitik

Vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels haben sich 197 Staaten im Rahmen der Pariser Klimaschutzkonferenz (COP 21) Ende 2015 auf ein globales Klimaschutzabkommen geeinigt. Dieses sieht u.a. vor, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Anstrengungen sollen unternommen werden, eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen. Dabei ist der Unterschied von 0,5 Grad für Millionen von Menschen von existentieller Bedeutung: Eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius bedeutet weniger Hitzewellen, seltenere Sturmfluten, gebremstes Artensterben und

³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2019): Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik, Berlin, S. 8.

⁴ Ebd., S. 7.

⁵ Ebd., S. 8.

weniger Hunger, wie der Weltklimarat in einem Sonderbericht deutlich macht.⁶ Der Paritätische fordert deshalb alle klimapolitischen Maßnahmen auf das 1,5-Grad-Ziel auszurichten.

Mit dem Pariser Abkommen haben sich die Unterzeichnenden auch dazu verpflichtet, einen nationalen Klimaschutzbeitrag zu erarbeiten und Maßnahmen zu beschließen, um diesen umzusetzen. Dieser Verpflichtung ist die Bundesregierung im November 2016 mit der Verabschiedung des Klimaschutzplanes 2050 nachgekommen.⁷ Im Klimaschutzplan hält die Bundesregierung u.a. fest, Deutschlands Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% und bis 2040 um mindestens 70% gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 zu reduzieren. Für verschiedene Sektoren, wie u.a. die Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude und Verkehr, wurden ferner spezifische Minderungsziele bis zum Jahr 2030 festgeschrieben. Auch die Europäische Kommission hat eine Vision zur Treibhausgasneutralität bis 2050 veröffentlicht.⁸

Die von der Bundesregierung, der EU und den anderen Vertragspartnern zugesagten Klimaschutzziele sind jedoch unzureichend, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.⁹ Selbst wenn die Staaten ihre bislang vorgelegten Klimaschutzmaßnahmen konsequent umsetzen, würde die globale Erwärmung 2 Grad übersteigen. Gleichzeitig zeichnet sich bereits jetzt ab, dass Deutschland und Europa an den ohnehin zu niedrigen Klimaschutzzielen scheitern. So hatte Deutschland im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossen, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.¹⁰

⁶ IPCC (2018): Sonderbericht über 1,5 Grad globale Erwärmung, https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf (zuletzt abgerufen am: 21.08.2019).

⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2016): Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, Berlin.

⁸ Mitteilung der Europäischen Kommission an die Organe (2018): Ein sauberer Planet für alle. Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft.

⁹ Press Release of the United Nations Environment Program: Emissions Gap Report 2017: Governments, non-state actors must do more to reach Paris Agreement, <https://www.unenvironment.org/news-and-stories/press-release/emissions-gap-report-2017-governments-non-state-actors-must-do-more> (zuletzt abgerufen am: 21.08.2019).

¹⁰ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2014): Aktionsprogramm Klimaschutz, S. 9, <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/aktionsprogramm-klimaschutz/> (zuletzt abgerufen am: 21.08.2019).

Laut dem Klimaschutzbericht 2018 der Bundesregierung ist jedoch davon auszugehen, dass mit den bis dahin umgesetzten Maßnahmen bis 2020 eine Minderung der Treibhausgasemissionen um lediglich etwa 32 Prozent gegenüber 1990 erreicht wird.¹¹

Der Ausstoß von Treibhausgasen muss deshalb dringend und drastischer gesenkt werden als bisher geplant. Das kann nur durch schnelle und weitreichende Veränderungen in allen Produktions- und Lebensbereichen gelingen und erfordert die Abkehr von einer Mensch- und Umwelt gefährdenden Wirtschaft. Jahrzehntlang hatten Öl-, Rohstoffkonzerne und Autoindustrie freie Hand, um mit ihren Geschäften unsere Lebensgrundlage existentiell zu gefährden. Die Klimakrise verdeutlicht, dass eine Politik, die diese Rücksichtslosigkeit ermöglicht, mit einer an den Bedarfen von Mensch, Umwelt und Klima orientierten Gestaltung der Gesellschaft unvereinbar ist.

Berlin, 01. Oktober 2019

Marta Bociek / Wiebke Schröder
Migration und Internationale Kooperation / Stab

Kontakt

Marta Bociek: pi-info@paritaet.org

Wiebke Schröder: zivilgesellschaft@paritaet.org

¹¹ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2019): Klimaschutzbericht 2018, S. 18, <https://www.bmu.de/download/klimaschutzbericht-2018/> (zuletzt abgerufen am: 21.08.2019).